

EU setzt härtere Regeln gegen illegalen Hunde- und Katzenhandel durch!

Die EU plant neue Vorschriften zur Bekämpfung des illegalen Hunde- und Katzenhandels, um Tierschutzstandards zu verbessern.



Österreich - Die Europäische Union hat einen bedeutenden Vorschlag zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Hunden und Katzen vorgelegt. Dies beinhaltet eine umfassende Gesetzgebung, die eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung dieser Haustiere vorsieht. Laut den Informationen von **Kleine Zeitung** soll damit der illegale Handel drastisch eingedämmt werden. Der Marktwert für Hunde in der EU beläuft sich jährlich auf beeindruckende 4,6 Milliarden Euro, wovon in Österreich alleine mindestens 54 Millionen Euro an die illegale Tierhandel-Szene verloren gehen.

Ein erschreckender Aspekt ist, dass 79 Prozent der nachgefragten Hunde in Europa nicht aus überprüfbaren oder

legalen Quellen stammen. Diese hohe Zahl verdeutlicht die Dringlichkeit, diese Missstände zu regulieren. Verwirrende und uneinheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten haben zur Folge, dass illegale Händlernetzwerke gedeihen.

Vorgehensweise zur Verbesserung des Tierschutzes

Der Gesetzesentwurf sieht zahlreiche Maßnahmen vor, mit denen die Lebensbedingungen für Hunde und Katzen in europäischen Zuchteinrichtungen verbessert werden sollen. Zu den Schlüsselpunkten gehört die Verpflichtung, Hunde und Katzen innerhalb der ersten drei Lebensmonate durch einen Tierarzt kennzeichnen zu lassen, wobei die Registrierung in einem zertifizierten Haustierregister, wie FINDEFIX, erfolgen muss. **Der Deutsche Tierschutzbund** hat diesen ersten Gesetzesentwurf begrüßt und wertet ihn als Fortschritt im Kampf gegen illegalen Haustierhandel.

Eine obligatorische Angabe von Mikrochip-Nummern bei Online-Angeboten sowie Mindestangaben zu Art, Rasse, Geschlecht, Geburtsdatum und Geburtsort sind weitere Maßnahmen, die geplant sind. Käufer sollen zudem mehr Verantwortung für die Gesundheit und das Wohlbefinden ihrer neuen Haustiere übernehmen.

Herausforderungen und Kritik

Trotz dieser Fortschritte gibt es auch kritische Stimmen. Der ÖVP-Europaabgeordnete Alexander Bernhuber äußerte Erleichterung über den Kompromiss, der Detailregulierungen vermeidet, während Thomas Waitz, Landwirtschaftssprecher der Grünen, die Änderungen und Ausnahmen im Gesetzesentwurf fordert und **betrifft** darunter auch diejenigen für Katzen auf Bauernhöfen, kritisiert.

Die ehemalige Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung des illegalen Heimtierhandels, die bereits im Februar 2020 gefordert wurde, beinhaltet Maßnahmen wie einen EU-Aktionsplan und schärfere Sanktionen. **Das Europäische Parlament** hat weiterhin ein einheitliches System zur Registrierung von Haustieren und mehr Kontrollen für die Fälschung von Heimtierausweisen gefordert.

Mit den nun diskutierten Regelungen hofft die EU, die Lebensbedingungen für Haustiere entscheidend zu verbessern und gleichzeitig Maßnahmen gegen den illegalen Handel einzuleiten. Die Abstimmung im Agrarausschuss des EU-Parlaments steht noch aus, bevor ein finaler Gesetzestext von Parlament, Rat der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission vereinbart werden kann.

Details	
Vorfall	Tierschutz
Ort	Österreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.tierschutzbund.de • www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at